

(Speth [SPD])

- (A) Antrag der GRÜNEN beschrieben ist. Das würde uns allen nicht helfen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin Speth. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Beratung zum Einzelplan 07.

Gemäß unserer Vereinbarung findet zwischen 13.00 und 14.00 Uhr keine Abstimmung statt. Deshalb wird die Abstimmung zu diesem Einzelplan später nachgeholt.

Ich rufe Nummer 3 auf:

Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Ich verweise hierzu auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8006. Darüber hinaus liegen zwei Änderungsanträge von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksachen 11/8157 und 11/8167 - vor.

- (B) Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Posdorf für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Drei Worte - hilflos, konzeptionslos, perspektivlos - sind die Beschreibungen, mit denen ich die Wissenschaftspolitik der Landesregierung in den vergangenen fünf bis zehn Jahren charakterisiere. Ohne die Anträge der Opposition und insbesondere ohne die Anträge meiner Partei - auch wenn die Sozialdemokraten zunächst unsere Anträge abgelehnt haben - wäre fast nichts beziehungsweise sogar überhaupt nichts passiert.

Ich erinnere daran, daß wir es waren, die unter anderem gefordert haben, die Fachhochschule in Bocholt zu errichten, die Juristische Fakultät an der Heinrich-Heine-Universität zu gründen, die "Freischuß-Regelung" einzuführen, die Errichtung einer Fachhochschule in Bonn/Rhein-Sieg vorzunehmen, die Mitarbeiterstruktur an Fachhochschulen der Realität anzupassen und die Gleich-

wertigkeit der Berufsausbildung mit der Hochschulausbildung zu regeln. (C)

All diese Anträge sind von der SPD zunächst einmal abgelehnt worden, bevor sie dann von der Landesregierung bzw. von der SPD-Fraktion in leicht modifizierter Form wieder eingebracht worden sind. Ich sage dazu nur: Schön, daß Sie endlich einmal etwas gelernt haben. Wir sind ja zunächst schon zufrieden, wenn Sie wenigstens richtig von uns abschreiben können.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, lesen Sie dazu doch die Reden zu den Haushalten 1988, 1989 und 1990.

Schon damals haben wir immer wieder auf die eklatanten Mißstände hingewiesen, die sich in der personellen und apparativen Ausstattung zeigen, die sich im Hochschulbau zeigen, die sich im Bibliothekswesen zeigen, die sich im Studierenden-Wohnraumwesen zeigen, die sich bei den Großgeräten zeigen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] kommt auf das Rednerpult zu.)

- Ich dachte schon, der wollte was von mir.

(Heiterkeit)

(D)

- Er kam so aggressiv an. Da habe ich gedacht, dann paß mal ein bißchen auf! - Dieses haben wir in Gebetsmühlenmanier vorgetragen.

Was hat sich eigentlich seit dieser Zeit geändert? - Geändert haben sich maximal die Reden der Landesregierung. Schönfärberei, gepaart - ich betone das - mit Arroganz und Dilettantismus haben die Landesregierung in ihren Aktionen geprägt.

An einigen Beispielen will ich deutlich machen, wie die SPD das nordrhein-westfälische Hochschulsystem systematisch heruntergewirtschaftet hat, was letztendlich nicht nur die Zukunft unseres Wissenschaftsstandortes, sondern auch die Zukunft unseres Wirtschaftsstandortes und damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, zugleich die Zukunft unserer Arbeitsplätze gefährdet.

Die SPD mißt der Hochschulpolitik nur eine untergeordnete Bedeutung bei, was sich daran zeigt, daß sie beispielsweise den Anteil des Wissenschaftsetats am Gesamtlandeshaushalt von 1980

(Dr. Posdorf [CDU])

- (A) - da lag er bei 11,3 % - bis heute auf mittlerweile 8,9 % abgesenkt hat. Sie können natürlich sagen, daß 11,3 und 8,9 keine signifikanten Prozentzahlen seien. Ich sage dazu nur: Irrtum! Ein Prozentpunkt weniger - nicht 1 %; das ist ein Unterschied - bedeutet bei einem durchschnittlichen Landeshaushalt von 70 Milliarden DM immerhin 700 Millionen DM, die dem Wissenschaftshaushalt vorenthalten worden sind. Das bedeutet hochgerechnet - der Gesamthaushalt lag ja nicht immer nur bei 70 Milliarden DM -, daß den Hochschulen in den Jahren 1985 bis heute rund 9,5 Milliarden DM - das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen - vorenthalten worden sind. Das ist mehr als das gesamte Volumen eines Jahreshaushaltes im Wissenschaftsbereich.

Liebe Regierung, Sie wollen immer in der Champions League spielen, propagieren dies, aber was Sie tun, ist lediglich ein Kampf gegen den Abstieg. Sie alle - weder die Landesregierung noch die SPD - sehen offensichtlich nicht, daß Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu den westlichen Bundesländern - wenn man einen größeren Zeitraum wählt, darf man die östlichen Bundesländer noch nicht hinzunehmen - beim Zuwachs an Studienplätzen an drittletzter Stelle steht, beim Zuwachs an wissenschaftlichem Personal an letzter Stelle steht, bei den Studienplätzen pro Student an vorletzter Stelle steht und bei der Betreuungsrelation ebenfalls einen traurigen letzten Platz belegt.

(B)

Glücklicherweise sind die Decken von Hörsälen bisher nie bei Vorlesungen eingestürzt, aber das ist reiner Zufall, denn beim Hochschulbau und beim Hochschulausbau hat die Landesregierung den Hochschulen in den letzten acht Jahren 102,5 ??? Milliarden DM vorenthalten. Dieses ist ein Investitionsstau, der NRW-spezifisch und damit hausgemacht ist, auch wenn - ich betone es an dieser Stelle noch einmal und spreche damit insbesondere Herrn Kollegen Vesper an, damit er das jetzt wirklich mitbekommt - die Mittel des Bundes für diesen Bereich in keinsten Weise als ausreichend zu bezeichnen sind.

(Zustimmung des Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE])

- Mitbekommen? - Super! Darüber freue ich mich, denn dann brauchen wir die Diskussion vom letzten Mal nicht wieder aufzugreifen. Aber vielleicht schaffen wir es ja mit einer gemeinsamen Anstrengung, beim Bund zu erreichen, daß diese

Mittel eingestellt und die entsprechenden Landeskompentärmittel nicht als Luftnummern oder ähnliches im Haushalt etatisiert werden, sondern als wirklich zur Verfügung stehende Gesamtmasse vorhanden sind. Das sollte ein Ziel sein.

(C)

(Zustimmung bei der CDU)

Damit aber dieses von der Landesregierung permanent betriebene Schwarze-Peter-Spiel in Richtung Bonn endgültig ein Ende findet, treten wir von der CDU vehement dafür ein, die leidige Mischfinanzierung in diesen Bereichen, nämlich beim Hochschulbau, endlich aufzuheben und den Hochschulbau - bei einer vernünftigen Finanzierung, meinerwegen über die Mehrwertsteuer oder ähnliches - in die Eigenverantwortung des Landes zu geben. Damit wäre eindeutig geklärt, wo genau a) die Kompetenzen und b) die Verantwortung liegen, so daß man denjenigen, der hier etwas tut oder unterläßt, wirklich ans Porteppee fassen kann.

(Zustimmung bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Eine Zwischenfrage!)

- Bonn ist eben nicht überall der Sündenbock.

Präsidentin Friebe: Keine Zwischenfrage?

(D)

Abgeordneter Dr. Posdorf (CDU): Herr Kollege Vesper, Sie wissen doch, ich muß fertig werden! - Bonn ist eben nicht überall der Sündenbock, auch wenn die Landesregierung dies immer zu suggerieren versucht. Auch wenn die Landesregierung in Werbebriefen an Studierende Bonn allein für die miesen Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen verantwortlich macht, kann ich nur sagen: Ihre eigene Bilanz ist niederschmetternd.

Ich gebe weitere Beispiele: Die Realausgaben pro Student aus dem Wissenschaftshaushalt sind - ich habe einfach abgerundet - von 1980 mit 18 000 DM auf 9 000 DM heute, d. h. um 50 % - wer es nicht versteht: die Hälfte! -, zusammengestrichen worden. Im selben Zeitraum stiegen die Studierendenzahlen um gut 47 %, während sich das Studienplatzangebot um mickrige 8 % erhöhte und das wissenschaftliche Personal sogar um fast 1 % verringert wurde. Diese Zahlen allein beweisen, daß Sie vor dem Offenbarungseid Ihrer Hochschulpolitik stehen.

(Dr. Posdorf [CDU])

(A) (Zustimmung der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Auch der seit zehn Jahren von uns geforderte Globalhaushalt wird den Hochschulen jetzt in irgendeiner kastrierten Form - und das heißt natürlich: nicht richtig brauchbar - zur Verfügung gestellt. Und das nennen Sie dann Hochschulautonomie!

Statt einer zukunftsorientierten Politik präsentiert diese Landesregierung blumige Worte, teilweise - das muß man erwähnen - griffige Formulierungen wie "Qualität der Lehre" und ähnliches, und das nur mit dem Ziel, von den eigenen Versäumnissen abzulenken beziehungsweise sie zu kaschieren. Dazu kann ich nur sagen: Das, was Sie hiermit tun, ist keine Begrenzung des Schadens, den Sie angerichtet haben, sondern lediglich eine Begrenzung des Eindrucks über den Schaden, den Sie angerichtet haben.

(Zustimmung der Abgeordneten Hieronymi und Woldering CDU)

Es klingt zwar gemein, aber es ist so: Manche hinterlassen bei ihrem Weggang eine Lücke, die sie selbst ersetzt. Diese Landesregierung gehört dazu.

(B) Wir lehnen den Haushalt aus Gründen inhaltlichem und strukturellem Mißmanagements rundweg ab. Ich sage aus vollem Herzen und freue mich sehr darüber, daß wir diese Landesregierung am 14. Mai ablösen werden.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit)

Präsidentin Friebe: Mir fällt es jetzt ein wenig schwer zu sagen: "Vielen Dank, Herr Abgeordneter!"

(Minister Matthiesen: Stark beeindruckend!
- Abgeordneter Dr. Posdorf [CDU]: Wie üblich bei mir! - Heiterkeit)

Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Apostel.

Abgeordneter Apostel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Posdorf, ich habe schon eine ganz belegte Stim-

me vor lauter Angst, daß Sie am 14. Mai die Landesregierung möglicherweise ablösen werden. (C)

Ich möchte dennoch den Versuch unternehmen, zumindest auf den einen oder anderen unberechtigten Vorwurf einzugehen und darzustellen, daß man, will man Wissenschaftspolitik verantwortlich betreiben, sie nicht mit einem solchen Katastrophenszenario, wie es der Kollege Posdorf vorgeführt hat, sachgerecht behandeln kann. Ich weiß nicht, welches die Zielrichtung einer solchen Strategie ist; auf jeden Fall kann sie nicht darauf gerichtet sein, die Zusammenarbeit und möglicherweise das ein oder andere Ergebnis zu verbessern.

Hier sind Behauptungen aufgestellt worden, daß alles im Wissenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen so schlecht gestellt sei. Diese Vorwürfe werden nicht einmal von den Hochschulen erhoben. Im Gegenteil: Die Leistungsfähigkeit unseres Hochschulsystems und die Leistungsfähigkeit unserer Forschungseinrichtungen sind unbestritten und auch die Aussagen - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die Probleme sind aber auch unbestritten!)

- Die Probleme - insofern stimme ich Ihnen zu - sind ja dafür da, daß man sie nach Möglichkeit mit einer sachgerechten Politik beherrschbar gestaltet. (D)

(Beifall der Abgeordneten Dr. Schrapf [CDU])

Über Probleme kann man sich allemal unterhalten. Nur, wenn man in einer derartigen Art und Weise eine Katastrophenstimmung herbeiführt, hat man sich disqualifiziert, zur Verbesserung der Problemsituation beitragen zu können.

Ich möchte auf die Punkte zurückkommen, die ich hier ansprechen wollte. Die letzten Diskussionen und Entscheidungen zum Haushaltsgesetz 1995 beziehen sich darauf, daß wir die Grundlagen und die Voraussetzungen für die Entwicklungen in den Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen unseres Landes schaffen, die 1995 notwendig sind und auch durch das Haushaltsgesetz möglich werden.

Ein Blick auf die Zahlen des Haushaltsgesetzes zeigt, daß der Zuwachs von 1994 nach 1995 mit einer Größenordnung von 36 Millionen DM die

(Apostel [SPD])

- (A) höchste Effizienz und strengste Ausgabendisziplin bei der Verwendung der Haushaltsmittel erfordert.

Mit 7,7 Milliarden DM im Einzelplan 06, mit 356 Millionen DM im Einzelplan 20 und mit rund 25 Millionen DM im Einzelplan 08 stehen insgesamt 8,1 Milliarden DM zur Verfügung, um die Aufgaben von Wissenschaft und Forschung zu bewältigen. Rein prozentual betrachtet ist es sicherlich richtig, daß dies nicht zehn Prozent des Landeshaushalts sind, aber alle Leute, die die Haushaltsentwicklung kennen, wissen auch, daß mit der Neuverteilung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern eine ganz andere Finanzierungsbasis gefunden worden ist und daß in den 86 Milliarden DM auch eine Summe von 5 Milliarden DM enthalten ist, die nicht im Lande verwendet wird, sondern direkt dem Aufbau im Osten dient.

Es stehen also insgesamt 8,1 Milliarden DM zur Verfügung. Ich will nicht verschweigen, daß in dieser Summe 434 Millionen DM Personalausgaben enthalten sind, die durch Drittmittel finanziert werden. Die Hochschulen tragen also durch eigene Leistungen in Höhe von elf Prozent der gesamten Personalkosten zu ihrer eigenen Finanzierung bei.

- (B) Ich möchte die Gelegenheit der Haushaltsberatung ergreifen und den Hochschulen für diesen Leistungsbeitrag Anerkennung und Dank aussprechen. Die Kooperation der Hochschulen mit der Wirtschaft, für die das Drittmittelaufkommen auch ein Maßstab ist, erzeugt vielfältigen Nutzen: für die Studierenden, für die Entwicklung der Wettbewerbskraft der Wirtschaft, aber auch für die Hochschulen selbst.

Neben meinem Dank für die bisherigen Leistungen möchte ich die Hochschulen ausdrücklich darin ermutigen und unterstützen, die Kooperationsmöglichkeiten verstärkt zu suchen und zu nutzen.

Meine Damen und Herren! Wir alle mußten in den vergangenen 20 Jahren zur Kenntnis nehmen, daß die Ökologie die wichtigste Voraussetzung für die Ökonomie ist. Das Denken in ökologischen Maßstäben führt uns zu den nachhaltigen Lösungen. Auch für die Gestaltung und Steuerung des Wissenschaftsbetriebs und die Wissenschaftsentwicklung brauchen wir eine nachhaltige Lösung. Wir müssen Eigenverantwortung mit Leistungsbereitschaft und der Finanzierung des Systems verknüpfen.

- (C) An der Stelle möchte ich auf den Vorwurf, den Kollege Posdorf eben vorgetragen hat, zurückkommen. Was ist denn in der vergangenen Zeit passiert? Was haben wir denn verändert, um die bestehenden Probleme lösbar zu machen? - Wir stehen heute vor der Verabschiedung eines Haushalts, in dem die sogenannte Finanzautonomie festgeschrieben wird. Diese Selbststeuerung der Ausgaben in den Hochschulen haben wir aus einem Modellversuch heraus entwickelt. In dem jetzigen Haushaltsentwurf hatte die Landesregierung die Finanzautonomie für alle Universitäten vorgeschlagen.

Die SPD-Fraktion hat es darüber hinaus als notwendig erachtet, daß in diesen Versuch auch die Fachhochschulen einbezogen werden sollen. Dementsprechend liegt mit der jetzigen Beschlussfassung die Finanzautonomie für alle Hochschulen in Nordrhein-Westfalen auf dem Tisch. Sie ist, wie wir es verstehen, ein Teil einer nachhaltigen Lösung. Wir brauchen ein Wissenschaftssystem, das sich selbst steuert und die Kostenverantwortung selbst wahrnimmt. Das scheint mir die wichtigste und entscheidendste Veränderung zu sein, die wir in den letzten vier bis fünf Jahren durchgesetzt haben.

- (D) Nicht wir als SPD-Fraktion, sondern in der Gemeinsamkeit mit der Landesregierung; denn die Landesregierung hat den Modellversuch durchgeführt, hat den Modellversuch auch ständig begleitet. Wir haben ihn ebenfalls begleitet, und wir glauben, daß dieser Weg ein entscheidender Schritt in die richtige Richtung ist, um die Probleme, die selbstverständlich an den Hochschulen überall bestehen, an Ort und Stelle besser lösbar zu gestalten.

Das Echo, das wir aus den Hochschulen daher für diese Umstellung des Finanzierungssystems haben, ist durchaus positiv und zeigt, daß die Hochschulen bereit sind, sich dieser Leistungsanforderung zu stellen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Für die Finanzautonomie haben wir aber auch lange gekämpft!)

- Ja, Herr Kollege, lange dafür gekämpft, natürlich! So was bricht man auch nicht übers Knie. Das muß sowohl in den Gesetzen als auch in den Verfahrensvorschriften als auch in der Bereitschaft der Beteiligten abgesichert sein. Von daher muß man einmal sagen, wenn wir denn wirklich

(Apostel [SPD])

- (A) jetzt von der ersten Einführung drei Jahre gebraucht haben, bis wir den Modellversuch auf alle anderen Hochschulen ausdehnen, scheint mir das ein Zeitbedarf zu sein, der durchaus verantwortlich ist.

Ich verspreche mir von der Finanzautonomie nun wirklich einen ganz gewaltigen Schritt in die Zukunft. Es ist absolut falsch, sich hinzustellen und zu sagen, wir hätten in Richtung auf Steuerbarkeit, in Richtung auf mehr Eigenverantwortung, in Richtung auf mehr eigene Gestaltungsmöglichkeit nicht erhebliche Schritte gemacht. Und diese Schritte werden auch von den Hochschulen nicht bezweifelt.

Von daher ist ein weiterer Punkt anzusprechen, der ebenfalls in den letzten Jahren verändert worden ist. Das ist die ergebnis- und leistungsorientierte Verteilung der sogenannten 94er Mittel. Die 94er Mittel beziehen sich - das ist eine Titelgruppe im Haushalt - -

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wir reden aber jetzt über 1995!)

- (B) - Nein, nein, die 94er Mittel sind eine Titelgruppe im Haushalt - ich sage das jetzt wegen der Zuhörer -, die das Geld für Forschung und Lehre in den einzelnen Hochschulen bereitstellt. In der Vergangenheit wurde das einfach immer so nach Gewohnheit und prozentualen Steigerungen zugeordnet, und wir haben uns vorgenommen, daß wir die Leistungen, die in den einzelnen Hochschulen erbracht werden, zur Grundlage der Verteilung machen.

Nun können diese natürlich nicht von einem Jahr auf das andere zu 100 % umverteilt werden, aber es werden immer 15 bis 20 % der Beträge neu bewertet und neu verteilt. Es geht dabei um einen Betrag in der Gesamtsumme von etwa 500 Millionen DM für alle Hochschulen. Diese leistungsorientierte Zuweisung der Finanzmittel hat zu einer internen Diskussion in den Hochschulen geführt. Sie hat dazu geführt, daß man ganz genau weiß, wo Leistungen erbracht werden, und daß man auch weiß, an welchen Stellen Leistungen möglicherweise verbessert werden müssen. Das ist eigentlich die Grundvoraussetzung dafür, daß man mit gutwilligen Menschen ein System weiter nach vorn bringt.

- (C) Daß wir es nötig haben, unser System weiter nach vorn zu bringen, das, glaube ich, wird von niemandem bestritten. Die Diskussion geht manchmal nur darum: Ist eigentlich das Ministerium dafür verantwortlich, oder ist die Hochschule selbst dafür verantwortlich? Wir glauben, daß für die Leistungsfähigkeit und für die Wettbewerbskraft des Wissenschaftssystems in erster Linie die Hochschulen selbst verantwortlich sind. Deswegen ist es auch nicht sachgerecht, wenn man sich hier hinstellt und den Eindruck erweckt, als wenn die Hochschulen oder die Wissenschaft sich nicht so entwickeln könnten, weil sie möglicherweise von der Verwaltung, vom Wissenschaftsministerium behindert werden.

Was Wissenschaft auch wettbewerbsmäßig erreichen kann, konnten wir jetzt in der letzten "Wirtschaftswoche" lesen, daß immer mehr deutsche Studenten in die Grenzbereiche von Holland gehen und an holländischen Hochschulen studieren, daß die holländischen Hochschulen ganze Studiengänge in deutscher Sprache anbieten, um praktisch diese deutschen Studenten aufzufangen und dort mit einem entsprechenden Abschluß auszustatten.

- (D) Ich denke, dieser Wettbewerb über die Grenzen hinaus sollte unsere Hochschulen auch darin etwas ermutigen, die eigene Vermittlung von Lehre sich nicht nur von außen ständig aufdrängen zu lassen - "Qualität der Lehre" als Schlagwort -, sondern es als eigenes grundständiges Anliegen zu verfolgen.

Ich glaube, daß man über diesen zur Verfügung stehenden Haushaltsansatz von 8,1 Milliarden DM für die Hochschulen hinaus durchaus mit guten Gründen auch noch mehr Geld verarbeiten und fordern könnte, aber wir haben ja eine verzweifelte Gesamtverantwortung. Wir müssen uns im Rahmen unserer Einzelverantwortung der Gesamtverantwortung stellen. Und im Rahmen der Gesamtverantwortung ist es nicht möglich, diesen Anteil für den Wissenschaftsbereich erheblich auszuweiten.

Deswegen stimmen wir zu, und wir sind der Auffassung, daß wir damit eine gute Voraussetzung für die weitere Entwicklung an unseren Hochschulen im nächsten Jahr schaffen. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Kollege Apostel. - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Schultz-Tornau das Wort.

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem beginnen, was positiv zu werten ist. Wir sind in der Tat einige Schritte weitergekommen, was das Thema Finanzautonomie anlangt, und damit auch einige Schritte weitergekommen bei dem Thema Hochschulautonomie insgesamt. Das war ein langer Weg. Gegen sehr viele Widerstände ist dies geschehen. Noch in der letzten Legislaturperiode des Landtags war es nicht möglich, da auch nur kleine Schritte zu erreichen.

Um so anerkennenswerter ist es, daß dieses Thema, das ja die F.D.P. auch in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder neu angesprochen hat, diesmal durch den Modellversuch in eine Bahn gelenkt worden ist und daß wir jetzt am Ende auch sehr einvernehmlich Schritte in die richtige Richtung gegangen sind, daß wir jetzt auch das Dezember-Fieber abgebaut haben dadurch, daß eben - -

(B) **(Abgeordneter Schultheis [SPD]:** Bei der F.D.P.?)

- Nein, das ist ein anderes Thema, Herr Kollege Schultheis, das ich hier nicht ansprechen möchte.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Um welches Thema geht es?)

- Das Dezember-Fieber der F.D.P., das mir vollkommen unbekannt ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ach so!)

Daß an unseren öffentlichen Einrichtungen diese Sache nun entspannter betrachtet werden kann, das ist ein gemeinsamer Erfolg. Das war ja Bestandteil des Antrages der F.D.P. Und jetzt ist auch nachträglich das Wirklichkeit geworden, was in unserem Antrag zur Finanzautonomie bereits enthalten war, nämlich die Fachhochschulen in der Tat gleichberechtigt einzubeziehen. Es war ja zunächst einmal noch eine offene Frage, ob dies möglich sein würde.

Präsidentin Friebe: Herr Kollege Schultz-Tornau, ich möchte Sie fragen, ob Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Vesper zulassen wollen. (C)

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.): Ja gerne, weil ich nicht so dringend nach unten muß wie ein Kollege. - Herr Dr. Vesper.)

Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Herr Kollege Schultz-Tornau, weil Sie gerade das Dezember-Fieber der F.D.P. angesprochen haben:

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.): Ne, das hat der Herr Schultheis angesprochen. Hätte ich mich doch nur nicht darauf eingelassen!)

Bei wieviel Grad liegt denn dieses Dezember-Fieber im Moment? Bei 4,0 oder bei 5,1 Prozent?

(Abgeordneter Apostel [SPD]: Bei 39,8!)

Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.): Das wäre kein Fieber, sondern die völlige Unterkühlung, Herr Vesper. Aber wir haben ja nur eine knappe Redezeit, und ich möchte ungern eine zweite Runde eröffnen müssen. Deswegen doch wieder zu der Thematik "Hochschulen" zurück. (D)

Hier handelt es sich um einen richtigen Schritt in die richtige Richtung, was nichts daran ändert, daß natürlich alle die kleinen bürokratischen Monster, die wir durch die Novellierung unserer Hochschulgesetze und die unsägliche Eckdatenverordnung in die Welt entlassen haben, immer noch in der Welt unserer Hochschulen herumlaufen. Das muß man gleich hinzufügen, um hier nicht die Euphorie zu hohe Wellen schlagen zu lassen.

Der Herr Kollege Apostel, geschult, unangenehme Sachverhalte in eine eher erfreuliche Sprache umzuwandeln, hat davon gesprochen, daß die Steigerungsrate des Haushalts bedeuten würde, daß man auf ein Höchstmaß an Effizienz zu achten habe und daß sie auch strengste Ausgabendisziplin erfordere. Das ist eine sehr hübsche Understatement-Umschreibung des traurigen Tatbestandes, daß in der Tat der Mangel durch diesen Haushalt nicht gemildert, sondern daß er noch zusätzlich verschärft worden ist. Es ist ins-

(Schultz-Tornau [F.D.P.])

- (A) gesamt eine Steigerungsrate von einem halben Prozent, wobei ich zugebe, daß darin natürlich Faktoren enthalten sind, die als durchlaufender Posten herausgerechnet werden müßten. Aber selbst wenn ich das herausrechne, dann bleibt unter dem Strich, daß insgesamt für den Wissenschaftsbereich nicht mehr, sondern - wenn ich Preissteigerungsraten einberechne - weniger an Geld zur Verfügung steht, als dies noch vor einem Jahr der Fall war.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Wenn ich das auf die gesamte Legislaturperiode zurückbeziehe, dann muß ich sagen: Alle Probleme sind geblieben und haben sich eher noch verschärft. Da geht es nicht um ein Katastrophengemälde. Natürlich wird an unseren Hochschulen etwas geleistet. Natürlich leisten auch unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen Professoren, Mittelbau, Nichtwissenschaftler und Studenten gemeinschaftlich etwas. Natürlich ist es auch trotz allem viel Geld, das da aufgewendet wird. Aber das alles ändert nichts daran, daß das, was hier ausgegeben wird und im Haushalt steht, nicht zureichend ist, um mit den Problemen an unseren Hochschulen fertig zu werden.

- (B) (Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Die Betreuungsrelationen haben sich verschlechtert. Die Situation in unseren Bibliotheken ist schlechter geworden. Die gerätemäßige Ausstattung - da wollen wir nicht über die Großgeräte reden und das Thema Bund hier mit einbeziehen - ist schlechter geworden. Natürlich weiß ich, daß auch der Bund das Seine nicht getan hat. Aber es nützt doch gar nichts, immer wieder darauf zu verweisen, daß der Bund mehr tun muß, wobei ich es für vollkommen richtig halte, daß wir darauf verweisen. Aber auch wir im Lande haben in den vergangenen Jahren zu wenig getan, und deshalb kann leider überhaupt keine Rede davon sein kann, daß wir Bildung und Wissenschaft in diesem Lande die notwendige Priorität einräumen würden.

Besonders schwierig ist die Lage für diejenigen, die neu an eine Hochschule kommen, die Anfänger. Da nutzt unser schönes Programm, das Ak-

tionsprogramm "Qualität der Lehre", leider nur sehr wenig. Es ist richtig, daß der Blick gleichgewichtig auch auf die Lehre gerichtet worden ist. Insofern begrüße ich alles, was überhaupt nur das Stichwort Lehre aufgreift. Aber wenn wir uns die hohen Abbrecherquoten anschauen, dann müssen wir sagen: Wir müssen hier sehr viel mehr Anstrengungen unternehmen, als das bisher der Fall gewesen ist. Ich habe es schon mehrfach gesagt, und es bleibt richtig: Wenn man am Anfang richtig auf die Schiene gesetzt wird, dann ist die Hoffnung, daß man auch auf der Schiene bleibt und zum Ziel kommt, sehr viel größer, als wenn am Anfang schon das Auf-die-Schiene-setzen nicht funktioniert und man zwar auf einer Schiene, aber in die falsche Richtung fährt.

Dieses Tropfenprogramm - ich will das Tutorienprogramm mal so formulieren - aus dem Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" muß flächendeckend ausgeweitet werden. Jeder, der es braucht, muß die Möglichkeit haben - gerade als Anfänger -, durch solche Tutorien betreut zu werden. Das ist ein ganz entscheidendes Element sinnvoller Hochschulpolitik, die darauf achtet, daß junge Menschen nicht fehlgeleitet, sondern daß sie in die richtige Richtung gesteuert werden.

Ein Wort, weil Herr Vesper so fröhlich hier sitzt, zu den Anträgen der GRÜNEN, zu der Richtung insgesamt. Die Forderung, die Mittel für Genforschung und Atomforschung zu streichen, sagt etwas über den grundlegenden Unterschied zwischen Ihnen und uns aus. Wir sehen in neuen Technologien eben nicht nur Risiken, für uns gilt eben nicht nur das eine Wörtchen "Angst", das Sie immer wieder in den Mittelpunkt stellen, sondern für uns geht es um neue Chancen, um Chancen, die wir brauchen, damit unser Land nach vorne kommt. Deswegen sagen wir Ihnen: Wir werden genau auf diesem Feld mit Ihnen in den kommenden Wochen und Monaten die Auseinandersetzung führen, weil wir befürchten, daß wir, wenn wir uns auf den Weg der Angst begeben würden, den Sie immer wieder neu den Menschen einzusuggerieren versuchen, die Zukunftsfähigkeit unseres Landes verspielen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Wir lehnen - nach dem, was ich hier vorgetragen habe, kann es ja keine Überraschung sein, es ist ja nie eine Überraschung - den Wissenschaftshaushalt ab.

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

(D)

- (A) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Vesper.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die angebliche Wissenschaftsfraktion im Landtag hat - das muß man so deutlich und nüchtern sagen - nicht funktioniert. Es ist bitter, aber es ist so. Herr Schultztornau hat schon auf die Zahlen hingewiesen. Vordergründige fiskalische Interessen haben die übereinstimmenden Erkenntnisse und Bewertungen der Wissenschaftspolitiker und Wissenschaftspolitikerinnen in den Hintergrund gedrängt.

In der SPD-Fraktion zählt der originäre landespolitische Bereich - und das ist die Wissenschafts- und Hochschulpolitik nun einmal - offenbar immer weniger. Das sieht man an den Steigerungsraten des Wissenschaftshaushalts, Herr Kessel. Diese sinken nämlich von Jahr zu Jahr. Stieg der Wissenschaftshaushalt zwischen 1993 und 1994 noch um 1,2 % - wenig genug! -, so beträgt die Steigerungsrate jetzt, von 1994 auf 1995, nur noch 0,5 %. Der Gesamthaushalt dagegen wächst um 3,2 %.

- (B) Auch der Anteil des Wissenschaftsbereichs am Gesamthaushalt ist kontinuierlich rückläufig. Betrug er z.B. 1994 noch 9,3 %, so sollen es 1995 nur noch knapp 9 % sein. Da hilft alles Reden und Fabulieren nichts, meine Damen und Herren: Das sind die Tatsachen.

Herr Apostel, Sie sagen, mit solchen Zahlen würde eine Katastrophenstimmung herbeigeredet. Ja, merken Sie denn nicht, daß es nicht die Boten der schlechten Nachricht sind, die schuld sind, sondern deren Urheber?

Natürlich wird an den Hochschulen viel geleistet, aber doch nicht wegen der Wissenschaftspolitik dieser Landesregierung, sondern trotzdem. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an den Hochschulen, aber auch die Studierenden versuchen doch alle, die Defizite auszugleichen, die durch die Verhältnisse der letzten Jahre gerade in diesem Einzelplan 06 entstanden sind. Und dafür gebührt ihnen in der Tat unser aller Dank.

Es ist unbestritten - und keiner meiner Vorredner hat es bestritten -, daß die Bundesregierung ihren Verpflichtungen im Hochschulbereich nicht angemessen nachkommt. Das Land kann sich aber

- (C) nicht ständig hinter dem Bund verstecken und so tun, als hätte es keine eigenen Gestaltungsspielräume.

Beispiel Hochschulbau: Für die im Grundgesetz festgeschriebene Bund-Länder-Aufgabe Hochschulbau sind im Bundeshaushalt 1995 nur 1,8 Milliarden DM vorgesehen, obwohl der Wissenschaftsrat mindestens 500 Millionen DM mehr für dringend erforderlich hielt. Doch gerade weil der Bund so wenig Mittel zur Verfügung stellt, ist es doch dringend notwendig, daß die Landesregierung andere Akzente setzt und sich um die drängenden Probleme kümmert. Wir wollen es nicht hinnehmen, daß die Studienbedingungen so unzureichend bleiben, wie sie sind, und daß wichtige Vorhaben geschoben werden müssen, wie es die Ministerin im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung bereits ankündigte.

Wir haben deshalb ein Landesprogramm zur Verbesserung der räumlichen Situation an den Hochschulen in Höhe von 25 Millionen DM - auch das ist wenig genug - beantragt, um die Voraussetzung zu schaffen, die bauliche Substanz der Hochschulen zu erhalten und zu verbessern, und um zeitnah auf Erfordernisse reagieren zu können.

- (D) Herr Apostel, Sie haben die interessante Frage aufgeworfen, ob es geboten ist, die Aufgabe Hochschulbau dann eben ganz auf die Länder zu übertragen. Das finde ich eine interessante Überlegung, die man vielleicht weiterverfolgen sollte. Aber eins geht natürlich nicht: Man kann nicht die Aufgabe vom Bund auf die Länder übertragen, die Mittel aber beim Bund lassen.

(Zuruf von der SPD: Das hat noch nie einer gefordert!)

- Nein. Aber da muß man für einen entsprechenden Finanzausgleich sorgen, und dann haben die Länder es selber in der Hand, wieviel sie in den Hochschulen investieren. Denn im Moment bestimmt doch der Bund durch seine Vorgaben im Grunde genommen, wieviel die einzelnen Länder für den Hochschulbau ausgeben können. Das ist doch ein unerträglicher Zustand. Diesen Zustand sollten wir - vielleicht gemeinsam - in den kommenden Jahren einmal angehen.

Wozu eine nicht ausreichende bauliche Ausstattung führen kann, haben wir ja in erschütternder Weise im Untersuchungsbericht der Bezirksregierung Düsseldorf über die Blutbank der Universi-

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) tätsklinik Düsseldorf zur Kenntnis nehmen müssen. Dort werden ausdrücklich auch die räumliche Beschaffenheit, Größe und Einrichtung der Betriebsräume bemängelt und als Teil der Probleme benannt, die dazu geführt haben, daß eine noch nicht bekannte Anzahl von Patienten verstorben ist.

(Zuruf von der SPD: Das hat nichts damit zu tun, Herr Kollege!)

- Natürlich hat das unter anderem auch mit der baulichen Ausstattung zu tun. Politik muß im Vorfeld versuchen, Probleme zu vermeiden, und darf nicht immer erst dann reagieren, wenn es bereits zu Problemen gekommen ist. Im konkreten Fall heißt das: Jetzt werden der Universität Düsseldorf zusätzliche Mittel zur Beseitigung der räumlichen Mängel gewährt. Wir sollten darauf achten, daß wir die Hochschulen bereits rechtzeitig im voraus ausreichend ausstatten.

Ein anderes Beispiel ist das studentische Wohnen. Die Rücknahme der Kürzung von 23,3 Millionen DM in diesem Bereich ist dringend erforderlich, um den notwendigen finanziellen Spielraum zu schaffen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt, insbesondere an Hochschulstandorten, ist immer noch angespannt. Günstiger Wohnraum ist kaum verfügbar. Bei den vorhandenen studentischen Wohneinheiten häufen sich außerdem Klagen, daß notwendige Instandhaltungs-, Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten wegen fehlender Finanzmittel nicht durchgeführt werden können. Da das von Bund und Ländern finanzierte Sonderprogramm zur Errichtung studentischen Wohnraums im Jahr 1995 ausläuft, ist es dringend erforderlich, den Bau und die Instandhaltung von Wohnraum für Studierende auf Landesebene zu fördern.

(B)

Meine Damen und Herren, Hochschulpolitik sollte sich nicht nur mit berechtigten Klagen über die mangelhafte materielle Ausstattung dieses Bereichs begnügen, sondern sollte auch in die Zukunft weisen. Das Land stellt sich mit diesem Haushalt eben nicht den Erfordernissen einer zukunftsorientierten Politik. Nach wie vor werden Risikotechnologien wie die Gentechnik gefördert. Ich sehe schon, wie mir der Kollege Schultz-Tornau vergnügt zuhört, weil er das ja im Moment bevorzugt zum Thema macht.

Ich bin richtig prominent geworden, weil ich in fast jeder Vorstellungsrrede, die er auf seiner Tin-

geltour durch die Regionen und vor dem Landesparteitag gehalten hat, als derjenige vorgekommen bin, der - ich zitiere - als "Realissimo" die Gentechnologie-Anträge der GRÜNEN einbrächte, ohne davon überzeugt zu sein.

(C)

Herr Schultz-Tornau, ich habe fast den Eindruck, ohne diese Anträge wären Sie nicht Landesvorsitzender geworden. Ich habe Ihnen offenbar, ohne es zu wissen, extrem helfen können.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

Da Sie mich nun nicht als Realo, sondern als Realissimo bezeichnen, werde ich Ihnen am 14. Mai möglicherweise nicht ein "Ciao Bello!", sondern ein "Ciao Bellissimo!" nachwerfen.

(Abgeordneter Böcker [SPD]: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Zurück zu den Fragen der Gentechnologie: So euphorisch vielfach die Chancen der Gentechnik beurteilt werden, so wenig ernsthaft werden in diesem Zusammenhang die Risiken thematisiert, die ein inhärenter Bestandteil der Gentechnologie sind.

Die gentechnische Veränderung von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren birgt ein unkalkulierbares Risiko in sich, da Freisetzen in der Regel gewollt sind, aber auch durch strenge Sicherheitsvorkehrungen nicht vermieden werden können.

(D)

Einmal in die Biosphäre entlassene manipulierte Lebewesen sind nicht mehr zurückzuholen. Sie können sich vermehren und ihr verändertes Erbgut weitergeben.

Auch in der Diskussion über die im medizinischen Bereich aufgezeigten Möglichkeiten zum Beispiel der Gentherapie werden von den Befürwortern die damit verbundenen Risiken systematisch ausgeblendet oder heruntergespielt.

Über die tatsächlichen Wirkungen, die beispielsweise genmanipulierte Zellen im menschlichen Körper entfalten, gibt es keinerlei gesicherte Erkenntnisse.

Herr Schultz-Tornau, ich gebe Ihnen ja recht: Kassandrarufer, die Gefahren überbetonen, sind nicht seriös. Sie sind aber ebensowenig seriös wie die vielen unkritischen Jubler und Verharmloser, die

(Dr. Vesper [GRÜNE])

- (A) sich mit großen Augen vom Neuen faszinieren lassen, ohne dessen Risiken auch nur zur Kenntnis zu nehmen.

Wir haben doch das Beispiel der Atomkraft vorgeführt bekommen. Wer waren denn diejenigen, die die Atomkraft mit großen Augen und mit den riesigsten Erwartungen durchgedrückt haben und die jetzt im Grunde vor einem auch finanziellen Scherbenhaufen stehen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Man muß bei der Neueinführung von Technologien immer die Risiken objektiv mitbewerten.

(Minister Dr. Schnoor: Ursprünglich waren auch die Ostermarschierer für Atomkraft. Sie waren nur gegen Atombomben. Irrtümer hat es überall gegeben!)

- Natürlich hat es Irrtum überall gegeben, das bestreite ich überhaupt nicht. Ich plädiere nur dafür, daß man eine kritische Technikfolgenabschätzung bei der Einführung neuer Technologien von vornherein vornimmt und nicht dermaßen unkritisch an die Gentechnologie herangeht, wie es die F.D.P. und ihr Vorsitzender tun.

- (B) (Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Schulz-Tornau [F.D.P.]: Nein, dann kann man doch die Forschungsmittel nicht streichen!)

Meine Damen und Herren! Jetzt habe ich mir vorgenommen, eine kurze Rede zu halten, und da wird das Ende meiner Redezeit angezeigt. Das ist tragisch.

Ich will noch zwei kurze Punkte hinzufügen. Der eine Punkt bezieht sich auf Titelgruppe 94, auf die Kriterien. Herr Apostel, Sie haben es vorgetragen. Das Schlagwort heißt "leistungs- und erfolgsorientierte Mittelzuweisung". Wir sind nicht dagegen, die Zuweisungen der Mittel aus der Titelgruppe 94 an konkrete Kriterien zu binden. Aber wir sind dagegen, diese Kriterien nur quantitativ zu fassen und sie auf die Zahl der Absolventen und Absolventinnen und die eingeworbenen Drittmittel zu beschränken. Das reicht nicht. Die eingeworbenen Drittmittel sind zudem eine sehr

problematische Größe, weil sie in den Geistes-, Gesellschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaften sehr unterschiedlich anfallen. (C)

Wir sind der Meinung, daß man allein mit diesen Kriterien nicht hinkommt, sondern qualitative Kriterien - beispielsweise die Frage, ob sich ein Fachbereich in der Studienreform engagiert, auch die Frage, ob Frauenförderpläne eingehalten werden - hinzufügen muß. Darüber hinaus darf man nicht nur die Absolventen, sondern man muß schon auch die Zahl der Studierenden als Indikator nehmen, sonst belohnt man geradezu eine Verhaltensweise, nach der man vom Fließband Absolventen produziert ohne Rücksicht auf Qualität und Qualifikation, nur um an mehr Mittel zu kommen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Frau Ministerin, es tut mir leid, daß wir diesen Haushalt aus den angeführten Gründen ablehnen müssen. Es tut mir um so mehr leid, als wir gerade in letzter Zeit auf anderen Gebieten ganz gut zusammengearbeitet haben.

(Oho-Zurufe von der SPD)

Ich würde mich freuen, wenn wir diese Zusammenarbeit in der Wissenschaftspolitik in Zukunft noch weiter verbessern und den nächsten Etat hier gemeinsam verabschieden könnten. - Ich danke Ihnen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf Sie bitten, Frau Ministerin für Wissenschaft und Forschung, Frau Brunn!

Ministerin für Wissenschaft und Forschung Brunn: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da sehen Sie, wie wichtig eine eigene Mehrheit ist, wenn man einen Etat sicher durchbringen will. Die Debatte eben war das beste Beispiel dafür. Alle sind irgendwie dafür, aber drei meinen, nicht mitstimmen zu können.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aus wohl erwogenen Gründen! - Abgeordneter Lindlar [CDU]: War das jetzt zur Begründung der Koalition in der Landschaftsversammlung?)

(Ministerin Brunn)

- (A) Da ist es gut, wenn die einen stark genug sind, um es durchzubringen.

(Weitere Zurufe)

- Es ist immer wichtig, Mehrheiten zu bilden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Heute gibt es eine Ehrung in Bonn für den Nobelpreisträger Professor Reinhard Selten. Wir haben also in Nordrhein-Westfalen das Glück und die Freude, daß wieder einer von unseren Professoren einen Nobelpreis gewonnen hat, und zwar einer, der ein ganz langjähriger Nordrhein-Westfale ist, nicht nur Bonner, sondern auch Bielefelder.

Es ist gerade ein paar Jahre her, daß Prof. Wolfgang Paul den Nobelpreis bekam. In den letzten Tagen haben vier unserer Forscher den Leibniz-Preis bekommen.

Ich sage das, weil ich glaube, daß auch einmal festgestellt werden muß, was in unseren Hochschulen geleistet wird und daß sich diese ausgebaute Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen vor allen Dingen im Hinblick auf das, was die Menschen dort leisten, in jeder Hinsicht sehen lassen kann.

- (B) (Zustimmung der Abgeordneten Robels-Fröhlich [CDU])

Das zeigt, daß dort viel geleistet wird, und zwar durchaus unter Bedingungen, die bei uns schwierig sind, wie sie anderswo auch schwierig sind.

Nur: Im Hinblick auf Nordrhein-Westfalen muß man auch einmal feststellen, daß wir den Ausbau sehr frühzeitig begonnen und ein Niveau erreicht haben, das in der Bundesrepublik seinesgleichen sucht. Wenn man die 7,74 Milliarden DM im Wissenschaftshaushalt oder die 8,1 Milliarden DM Wissenschaftsausgaben insgesamt, die eben eine Rolle gespielt haben, betrachtet, muß man wissen, daß Nordrhein-Westfalen im Verhältnis zum Sozialprodukt, zur Wirtschaftsstärke und zur Größe und Bedeutung des Landes gemeinsam mit Hessen das Land ist, das für Bildung und Wissenschaft und vor allen Dingen auch für Wissenschaft und Forschung am meisten ausgibt. Unser Niveau ist eben zum Glück sehr hoch.

Dennoch hätte ich gern eine höhere Steigerungsrate. Nur: Man muß natürlich sehen, daß gegenwärtig alle Länder in erheblichen finanziellen

(C) Schwierigkeiten sind, so daß in diesem Jahr die Wachstumsrate nicht so schön ausfällt, wie sie wäre, wenn man außerhalb der Gesamtzusammenhänge Politik machen könnte. Immerhin haben wir ein Drittel mehr für Wissenschaft und Forschung zur Verfügung als im Jahre 1987. Auch hier kann sich Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich sehen lassen.

Daß unsere Steigerungsrate mit 0,5 % diesmal vergleichsweise gering ist, hängt mit den BAFÖG-Ausgaben zusammen, die geringer ausfallen, weil der Bund bisher keine Anpassung vorgenommen hat. Das hängt auch damit zusammen, daß das studentische Wohnraumbauprogramm ausläuft, so daß wir beim besten Willen, selbst wenn wir mehr eingesetzt hätten, mit dem Geld gar nichts bewirken könnten.

Tatsächlich können wir unseren Hochschulen 3,1 % mehr geben, was die eigentlichen Hochschulausgaben angeht, und das ist in der gegenwärtigen Zeit schon eine Hilfe, zumal wir Universitäten und Fachhochschulen mit guter Rückendeckung des Landtags und auch dank der besonderen Entscheidung des Landtags zugunsten der Fachhochschulen im kommenden Jahr flächendeckend die Finanzautonomie geben können. Ich glaube, das ist für die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen, die damit bundesweit, was die Freiheit der Ausgabengestaltung betrifft, eine Spitzenstellung erreicht haben, eine große Hilfe, weil sie eben mit mehr Flexibilität und einem gewissen Zuwachs mit dem Geld etwas mehr anfangen können. Wir beginnen übrigens im kommenden Jahr auch mit der Finanzautonomie an einer Kunsthochschule.

(D) Richtig ist auch, daß, wer mehr Freiheit hat, mehr Rechenschaft ablegen und transparenter arbeiten muß. Das sagen wir den Hochschulen; denn Verantwortung muß man rechtfertigen, und man muß bereit sein, die Ergebnisse darzulegen. Deshalb wird ein Teil der Mittel, die für Forschung und Lehre zur Verfügung stehen - nur ein Teil, Herr Kollege Vesper, nämlich 20 % - erfolgsbezogen zugewiesen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜ-NE])

Wir sind im Gespräch mit den Hochschulen, auch was qualitative Kriterien betrifft. Es ist nur sehr schwierig, diese zu entwickeln. Es findet eine Debatte statt, an der sich Politik, aber auch Hoch-

(Ministerin Brunn)

- (A) schulen beteiligen und in der man sehen muß, wie solche Kriterien gefaßt werden können, damit sie sich nachher auch in Mittel umsetzen lassen. Mit Sicherheit werden wir nicht sämtliche Mittel erfolgsorientiert verteilen, sondern jeweils nur einen Teil, der zu einer Grundausstattung, die sich nach der Studierendenzahl, der Situation der Hochschule usw. richtet, hinzutritt.

Ich finde es gut, daß in den Hochschulen jetzt eine Debatte darüber begonnen hat, wie viele Absolventen in den jeweiligen Fächern sind. Das wurde früher als Geheimzahl gehandelt. Man wußte das häufig nicht. Jetzt, da es ein kleines Kriterium für Finanzzuweisung ist, schaut man sich in den Hochschulen die Absolventenzahlen an. Und das ist, wie ich finde, eine vernünftige Sache. Es gibt in vielen Fächern im Verhältnis zu der Studierendenzahl noch viel zu wenige Absolventen. Es gibt noch zu viele Studienabbrecher; darum muß man sich gezielt kümmern. Deshalb halte ich es auch für gut, daß die Hochschulen - zum Teil mit unterschiedlicher Leidenschaft, einige mit geballter Faust in der Tasche, andere mit großer Begeisterung - an die Studienreform herangegangen sind. Hierzu hat sicher die Eckdatenverordnung einen entscheidenden Beitrag geleistet, weil sie Vorgaben gibt und Fristen setzt, innerhalb derer dann wiederum eine große inhaltliche Freiheit in der Ausgestaltung besteht.

(B)

Also: Hier sind die Hochschulen bei der Arbeit und leisten Studienreform mit dem Ziel, daß das Studieren transparenter und durchsichtiger wird.

Mehrere von Ihnen haben die Situation im Hochschulbau angesprochen. Ziemlich zu gleicher Zeit, zu der wir hier debattieren, wird im Bundestag über den Haushalt des Bundes und auch über den Haushalt des Bildungsministeriums gesprochen, das jetzt ja Zukunftsministerium heißt; Bildung wird da jetzt ganz klein geschrieben. Leider Gottes sind auch nicht die Finanzen zukunftsorientiert, sondern auch reichlich klein geschrieben, jedenfalls die, die den Hochschulbau betreffen. Wir hatten erwartet, daß mit dem Neubeginn der Regierung auch beim Hochschulbau zumindest die Lücke geschlossen würde. Das ist bisher leider nicht der Fall. Ich hoffe, daß die Beratungen den Bundestag noch etwas klüger machen.

Die Situation der Hochschulbaufinanzen des Bundes führt dazu, daß wir hier wichtige Bauvorhaben, die wir als Land trotz unserer schwierigen Finanzlage finanziert haben, schieben müssen,

zum Beispiel den Neubau für die Fachhochschule Gelsenkirchen in Bocholt oder das Verfügungs-
zentrum und das Hörsaalgebäude für die Natur- und Ingenieurwissenschaften der Fachhochschule Niederrhein in Mönchengladbach. Es ist schlimm, daß so dringend notwendige Vorhaben gegenwärtig nicht finanziert werden können und geschoben werden müssen. Wir schieben einen Investitionsstau vor uns her. Selbst wenn wir unsererseits noch wesentlich mehr Mittel zur Verfügung stellten, könnten wir sie nur ausgeben, wenn der Bund mitfinanzierte. Dadurch ist das Hochschulbauförderungsgesetz gegenwärtig zu einem Hochschulbauverhinderungsgesetz geworden.

(C)

Ich habe hier in der letzten Debatte ja darauf hingewiesen, daß es vielleicht einfacher sein könnte, Bund und Länder verständigten sich darauf, die Finanzportionen umzuverteilen, dann würden die Länder den Hochschulbau alleine verantworten. Aber Sie müssen natürlich sehen, daß hier auch ein gewisses Maß an Bundeseinheitlichkeit notwendig ist und daß das für die kleineren und die neuen Länder bitterer wäre als für Nordrhein-Westfalen. Und man braucht dafür eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag.

Ich plädiere deshalb dafür, daß erstens zunächst die Mittel auf Bundesebene hinreichend dotiert werden, zweitens, daß man die Hochschulbaufinanzierung so vereinfacht, daß nicht durch den Aufwand, der da getrieben wird, die Kosten noch weiter in die Höhe getrieben werden; denn man könnte bei bestehender Gesetzeslage durch Verständigung auf Vereinfachung mit demselben Geld wesentlich mehr machen. Ich hoffe hier auf eine gewisse Lernfähigkeit auf Bundesebene. Die Länder sind dabei, sich über Vorschläge für die Vereinfachung im Bereich des Hochschulbaus zu verständigen.

(D)

Ich bedauere im übrigen, daß die GRÜNEN hier wenig weitsichtige Anträge gestellt haben.

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das ist immer so!)

Sie wollen zum Beispiel das Institut für Wissenschaft und Ethik streichen. - Vorhin haben Sie gesagt, Sie seien gegen Genforschung in der Praxis und für Technologiefolgenabschätzung sowie für eine differenzierte Debatte darüber. Ich verstehe nicht, weshalb Sie dann gerade ein Institut, das sich Gedanken darüber macht, außerhalb der engeren Anwendung gerade die erweiterten Ge-

(Ministerin Brunn)

- A) **sichtspunkte Ethik und Philosophie zu betonen, abschaffen wollen. Das halte ich für absolut widersprüchlich.**

Das ist nur ein Beispiel, das zeigt, daß Sie mehr oder weniger aus Opportunismus gegenüber einer bestimmten Klientel Dinge über Bord werfen wollen. Weil es sich einfach gut macht, haben Sie wieder einen Antrag gegen die Genforschung gestellt. Das sollten Sie bleibenlassen. Ich hoffe, daß der Landtag den Antrag ablehnt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 06? - Das ist nicht der Fall. Das ist eigentlich schade; denn dazu hätte sich vieles sagen lassen. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung**, erstens über den **Änderungsantrag Nr. 1** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157, Teilbereich 6, Kapitel 06 020, 06 030, 06 040 und 06 670 - Hochschule, Forschung. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. **abgelehnt.**

(B)

Wir kommen zum **Änderungsantrag Nr. 2** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8167, Anlage 1, Kapitel 06 020 - Förderung im Hochschulbaubereich. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, der möge das Handzeichen geben. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P. **abgelehnt.**

Wir kommen zur **Anlage 2** des Antrags Drucksache 11/8167, Kapitel 06 040 - Forschungsförderung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung der CDU und der F.D.P. **abgelehnt.**

Wir stimmen jetzt über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8006** ab. Wer der Beschlußempfehlung und damit dem Einzelplan 06 in zweiter Lesung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich

um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **angenommen.**

(C)

Wir müssen uns nun noch einmal mit dem **Einzelplan 07** befassen. Dazu ist in der Beratung eine Reihe von Änderungsanträgen gestellt worden. Ich rufe sie der Reihenfolge nach auf.

Der erste **Änderungsantrag** wurde gestellt von der Fraktion der CDU Drucksache 11/8154, Kapitel 07 040, 07 080 - Stichworte: Pflegesätze, Drogen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD bei Stimmenthaltung von F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **abgelehnt** worden.

Änderungsantrag Nr. 2 kommt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157, Teilbereich 7, Kapitel 07 010, 07 020, 07 040, 07 050, 07 060, 07 080 und 07 110 - Soziales. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. **abgelehnt** worden.

(D)

Ich komme zum **Änderungsantrag Nr. 3** von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8166, Anlage 1, Kapitel 07 040 - Modellprojekt unabhängige Sozialhilfeberatung. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, der CDU und der F.D.P. **abgelehnt.**

Dann haben wir uns mit der **Anlage 2** des Antrags Drucksache 11/8166, Kapitel 07 050, Titelgruppe 60 - Förderung der Familienhilfe und Kinderhilfe - der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu befassen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag mit dem gleichen Ergebnis wie in der vorherigen Abstimmung **abgelehnt** worden.

Ich rufe **Antrag Nummer 4** auf, ebenfalls von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, mit der Drucksache 11/8171. Zu den Unterpunkten a) und b) ist Einzelabstimmung gewünscht worden. Der Unterpunkt a) betrifft in Kapitel 07 050 die